

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden



Wien, am 2. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren!

Den Initiatoren wurde der "Bericht des Gesundheitsausschusses (vom 6. Nov. 2020) über das Volksbegehren Smoke-NEIN" und die "auszugsweise Darstellung des Gesundheitsausschusses" (Stenographisches Protokoll der Wortmeldungen der NR-Abgeordneten) übermittelt.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Die "SMOKE"-Abstimmung - ein Meilenstein der österreichischen Demokratie:

Noch nie zuvor hat die österreichische Bevölkerung die Möglichkeit gehabt (und auch erfreulich zahlreich genutzt), an einer offiziellen Abstimmung, durchgeführt von staatlichen Behörden, teilzunehmen, ohne dass die Regierung dieses vorgegeben oder hätte, sondern die Abstimmung vom Volk initiiert wurde.

Die grundlegende Forderung des Volksbegehrens Smoke-NEIN lautet: "Ein optimaler Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist in der Verfassung dauerhaft durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie sicherzustellen und nicht bloß durch einfachgesetzliche Maßnahmen zu regeln!" Das Volksbegehren haben 140.526 Wahlberechtigte unterzeichnet. Die "Gegenprobe" erfolgte durch das gleichzeitig laufende Volksbegehren "Smoke-JA", deren UnterstützerInnen sich für das genaue Gegenteil einsetzten und das jedoch nur 33.265 Wahlberechtigte unterschrieben haben. Diese "Abstimmung" mit insgesamt 173.791 TeilnehmerInnen hat also ein eindeutiges Ergebnis von 80,9% zugunsten von Smoke-NEIN erbracht. Vergleicht man das mit einer Befragung in dieser Größenordnung, ist die Meinung der Bevölkerung mit einer Unsicherheit von weniger als 0,1% festgestellt worden.

Das Ergebnis der SMOKE-Abstimmung überraschte vor allem durch seine Eindeutigkeit:

Es waren Volksbegehren, die die jahrelange Diskussion um das Rauchverbot in der Gastronomie - jedenfalls vorläufig - entscheiden mussten. Die parlamentarische Demokratie zeigte bei diesem Thema, dass sie keine bestandfeste Entscheidung zu treffen im Stande war

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

- das Versagen war offenkundig: Wechselnde parlamentarische Mehrheiten hatten dazu geführt, dass sich die Gesetzeslage immer wieder geändert hat. Die "demokratische" Republik und ihre Politiker zeigten bei diesem Thema besonders eindrücklich, dass sie trotz lange vorhandenem gesellschaftlichen Konsens unfähig waren, klare Verhältnisse zu schaffen. Stattdessen wurden Wirte und Raucher über Jahre mit sich immer wieder ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen schikaniert. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil niemand den Willen des Volkes festgestellt hat. Dass das nötig war, bewies das von der Ärztekammer initiierte und äußerst erfolgreiche Volksbegehren "Don't Smoke", das trotz mehr als 880.000 Unterschriften und viel medialer Aufmerksamkeit ignoriert wurde. Dies mit dem unehrlichen, bloß formal richtigen Argument, dass 880.000 Unterzeichnende nicht einmal 20 % der ca. 5 Mio. Wahlberechtigten sind.

Das ist natürlich völlig unrichtig, weil die anderen 80%, die nicht unterzeichnet haben, nicht für die Zulässigkeit des Rauchens in der Gastronomie gestimmt haben. Dennoch waren für die damalige Regierung 880.000 Unterschriften nicht ausreichend, um die Abgeordneten zu veranlassen, das Gesetz zu ändern.

Meinungsforscher sahen noch knapp vor der Abstimmung eine gesellschaftliche Pattsituation mit 50/50 Ausgang: „ Eine Abstimmung könnte durchaus ein knappes Rennen sein. Schließlich hat bisher ja nur die Seite der Rauch-Gegner mobilisiert. Und letztlich gibt es auch viele Nichtraucher, die gegen ein Rauchverbot sind." sagte OGM-Chef Wolfgang Bachmayer. Die SPÖ forderte vehement eine Volksabstimmung zu dem Thema, konnte sich aber nicht durchsetzen. Und so wurde gesellschaftlicher Konsens nur deshalb nicht umgesetzt, weil niemand von ihm wusste. Wir als Initiatoren dieses Volksbegehrens Smoke-NEIN und auch Smoke JA wollten dieses unehrliche und undemokratische Argument und die Untätigkeit des Parlaments nicht hinnehmen und dem jahrelangen Hin und Her ein Ende bereiten. Daher ließen wir über die Frage abstimmen, ob oder ob nicht das Rauchverbot in die Verfassung aufgenommen werden soll um einen höheren Bestandsschutz zu haben als ein einfaches Gesetz.

Obwohl die meisten Befürworter des Rauchverbots sich im Vorfeld beklagten, dass die Ausgangslage ungerecht sei, weil zu diesem Zeitpunkt das Rauchverbot einfachgesetzlich bereits beschlossen war, haben sie sich dennoch mit über 80% durchgesetzt. Dass das Ergebnis trotz dieser Ausgangslage und trotz der völlig abweichenden Ansicht von Meinungsforschern so klar und eindeutig ausgefallen ist, zeigt den Wert der direkten Demokratie!

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

2. "Die Schlacht um das Rauchen ist zwar verloren, aber der Krieg wird noch nicht aufgegeben!" Peter Wurm (FPÖ)

Wie nicht anders zu erwarten, sträuben sich weiterhin viele Abgeordnete, diesen eindeutigen Willen von über 80% der Bevölkerung zu erfüllen. Dabei wird zunächst behauptet, die Unterzeichnenden wüssten gar nicht, was sie unterzeichnet haben und dass diese gar nicht den Verfassungsrang dieser Norm wollten. Diese Unterstellung ist unwürdig und wer behauptet, jemand würde sich ausweisen und dann etwas unterschreiben, ohne den Inhalt zu kennen, schließt wohl von sich auf andere.

Wenn behauptet wird, über 173.000 Menschen seien wenig, so ist dies falsch: Eine Beteiligung von 173.792 Menschen ist sehr beachtlich und um den Faktor 173 höher als Stichproben vieler Meinungsumfragen (typisches "Sample" sind 1.000 Befragte), nach denen sich PolitikerInnen gerne richten. Außerdem gab es für alle anderen die Möglichkeit, für das Rauchen zu unterschreiben. Dass es unter 20 Prozent waren, zeigt, dass die Menschen wollen, dass das Rauchverbot in die Verfassung kommt.

Alle Mitglieder des Gesundheitsausschusses haben selbst gemeinsam nicht ansatzweise so viele Vorzugsstimmen bekommen (in Summe bloß einige 1.000) als sich Wahlberechtigte bei dieser Abstimmung beteiligt haben, nämlich fast 200.000. Erstmals haben wir es "Schwarz-auf-Weiß": Die eindeutig festgestellte Meinung/Forderung von über 80% der Bevölkerung wird von nachweislich viel weniger demokratisch legitimierten Eliten ignoriert oder verhöhnt.

Wenn man dem nicht zustimmt und das Rauchverbot nicht in den Verfassungsrang hebt, missachtet man den Willen von über 80 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung, denn jeder hätte unterschreiben können und das Ergebnis bildet sehr genau die gesamte Bevölkerung ab. Bei den Wahlen, die jenen Politikern die Legitimität geben, die sich nun so höhnisch äußern, würden die Legitimität des Ergebnisses nie von der Wahlbeteiligung abhängig gemacht. An einer ÖH-Wahl nehmen zB nur rund 30 Prozent teil. Dies wird mit dem Argument, dass jede/r abstimmen konnte, richtig erklärt.

Es geht also immer nur um die Möglichkeit der Abstimmung. Die Möglichkeit der Abstimmung hatten alle und über 80 Prozent der Unterzeichner wollen das Rauchverbot im Verfassungsrang haben. Wer sich dagegen ausspricht, spricht sich gegen den ausdrücklich erklärten Willen von über 80 Prozent der Bevölkerung aus. Aber den Willen der Bevölkerung zu negieren scheint für manchen Politiker schon seit Langem "part of the game" zu sein. Direkte Demokratie nur dann, wenn rauskommt, was die Politik will?

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

Besonders absurd ist das mehrfach vorgebrachte Argument, dass dieses Thema bereits erledigt sei und daher kein Bedarf an einer verfassungsgesetzlichen Regelung bestehe: In den Besprechungen im Gesundheitsausschuss des Parlaments sagten FPÖ Abgeordnete unter anderem: "Wir haben im Sinne der Freiheit diese Schlacht verloren, aber den Krieg noch nicht aufgegeben" sowie "Das ist ein demokratischer Diskussionsprozess und das wird sich und soll sich auch möglicherweise wieder verändern, so wie sich vieles verändern kann."

Wenn sich gerade jene, die ohnehin für das Rauchverbot sind, dagegen aussprechen, das in die Verfassung zu schreiben, mit dem Argument, das sei doch ohnehin bereits Konsens und erledigt, möge man bitte nur nach Polen blicken, einem EU-Mitgliedstaat, wo neuerdings das Recht auf Abtreibung infrage gestellt wird. Eigentlich unfassbar: Jahrzehntlang hat man es für logisch und eindeutig erachtet, dass es dieses Recht gibt. Man sieht: Natürlich können das wechselnde Mehrheit wieder kippen. Dass diese Leute das wollen, sagen sie auch explizit. Wenn man außerdem behauptet, das Thema sei gegessen, und als Nächstes meldet sich jemand von der FPÖ zu Wort und sagt: "Für uns ist das sicher nicht gegessen!", dann ist das der augenfälligste Beweis dafür, dass das nicht stimmt. Die Abgeordneten wurden und werden von uns ersucht, ihre Meinung zu überdenken, weil deren Argumente gegen den Verfassungsrang allzu offenkundig fadenscheinig waren. Jedoch zeigten sich die meisten Abgeordneten als echte "Betonschädel".

Es ist außerdem in den Volksbegehren – in beiden, also in Smoke – Ja und Smoke – Nein – explizit gestanden, dass die Initiatoren fordern, dass das Rauchverbot in den Verfassungsrang gehoben wird. Es hatten diejenigen, die Smoke – Ja unterschrieben haben, die Möglichkeit, sich dagegen auszusprechen bzw. das Recht auf Rauchen in die Verfassung zu reklamieren. Das waren unter 20 Prozent. Über 80 Prozent der Bevölkerung haben sich dafür ausgesprochen, das Rauchverbot in der Gastronomie in den Verfassungsrang zu heben.

Immerhin wissen die Menschen sehr wohl, was sie unterschreiben, und wenn man dem als Abgeordnete/r nicht zustimmt und das Rauchverbot nicht in den Verfassungsrang hebt, missachtet man den Willen von über 80 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung, denn jeder hätte unterschreiben können. Über 80 Prozent wollen das im Verfassungsrang haben, und wer sich dagegen ausspricht, spricht sich gegen den Willen von über 80 Prozent der Bevölkerung aus. Damit gefährdet man nicht nur die Gesundheit der Menschen sondern verhält sich nachweislich undemokratisch und gegen den erklärten Willen von über 80% aller ÖsterreicherInnen. Wenn man jetzt sagt, das waren nicht alle von der Bevölkerung, dann könnte man bei demokratischen Wahlen auch sagen, dass, wenn zum Beispiel an einer ÖH-Wahl nur 30 Prozent teilnehmen, dann die Wahl hinfällig ist. Das tut man aber bekanntlich auch nicht. Es geht immer nur um die Möglichkeit der Abstimmung; und die Möglichkeit der Abstimmung hatten alle.

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

Aber das ist man von Nationalratsabgeordneten leider gewohnt. Die der Forderung von über 80% der Bevölkerung kritisch gegenüber stehenden NEOS haben angekündigt, sich nicht für die Umsetzung des Volksbegehrens einsetzen zu wollen, lassen aber wissen: "inhaltlich tragen wir das Anliegen voll mit" - ein Widerspruch zwischen Wort und Tat - wie die Bevölkerung PolitikerInnen seit Jahrzehnten kennen und leiden gelernt hat. Dass auch die NEOS die Direkte Demokratie und den Gesundheitsschutz mit Füßen treten, steht in direktem Widerspruch zu ihrem Parteiprogramm. Auch die SPÖ hat verlautbart, sie würde bei der Abstimmung über ein Verfassungsgesetz zum Rauchverbot die Forderung des vorliegenden Volksbegehrens unterstützen - aber auch hier offenbar nicht mehr als leere Worte. Und wenn Ralph Schallmeiner von den Grünen meint, es genüge, dass die vier "vernünftigen" Parteien die FPÖ schon noch "bekehren" würde, ist das die Krönung der Realitätsferne! Der Wunsch von über 80% der Bevölkerung war nicht, die FPÖ zu bekehren, sondern das Rauchverbot in die Verfassung zu schreiben!

3. FAZIT:

Die erste echte Volks"begehren"-Abstimmung war ein voller Erfolg und hat die meisten Beobachter überrascht. Eines steht jedenfalls fest: Das Volk lechzt nach mehr Mitbestimmung.

Es zeichnet sich leider jetzt schon ab, dass die gewählten Volksvertreter den Willen des Volkes (über 80%) ignorieren werden. Die Forderung von 140.526 Wahlberechtigten lässt den Ausschuss - bis auf die SPÖ, die hier noch am ehesten "Sympathie" für den Willen des Volkes erkennen lässt - völlig kalt. Es sieht nicht danach aus, dass das Parlament den Nichtraucherschutz in die Verfassung schreiben wird. Großen Dank für die Untätigkeit in Ausschuss- und Parlament, senden 173.791 Teilnehmer der SMOKE-Abstimmung. Wie heißt es so schön bei Volksbegehren: Ein Begräbnis 2. Klasse, auch für die Direkte Demokratie in diesem Lande.

P.S.: Wir fordern die 183 Abgeordneten des Parlaments dazu auf, zumindest Courage zu zeigen und NAMENTLICH gegen den demokratischen Volksentscheid zu stimmen! Geben Sie dem Begräbnis wenigstens ein wenig Klasse. Danke!

